

»Das meiste Geld geht in die Spitzenforschung«

Trotz Rekordausgaben in Sachen Bildung und Wissenschaft: Im OECD-Vergleich ist BRD ein Nachzügler. Ein Gespräch mit Nicole Gohlke

Interview: Ralf Wurzbacher



Es reicht nicht: Wissenschaft und Forschung sind in der BRD ein Sparmodell Foto: Hendrik Schmidt/dpa-Bildfunk

Nicole Gohlke ist hochschul- und wissenschaftspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Die Linke.

Laut Statistischem Bundesamt flossen 2013 in Deutschland aus staatlichen und privaten Quellen rund 268 Milliarden Euro in Bildung, Forschung und Wissenschaft – soviel wie noch nie. Bedeutet der Rekord eine Verbesserung?

Natürlich ist der Anstieg der Ausgaben im Grundsatz zu begrüßen. Deutschland gehört ja unter den Industriestaaten bei den öffentlichen wie gesamten Bildungsausgaben zu den Nachzüglern.

Um nur den OECD-Durchschnitt zu erreichen, wären jährlich rund 30 Milliarden Euro mehr notwendig. Die geplante Anhebung des Bildungshaushalts um rund eine Milliarde Euro sowie die Entlastung der Länder in gleicher Höhe durch die Übernahme der BAföG-Kosten durch den Bund erscheinen da wenig ambitioniert.

Immerhin bewegt sich Deutschland wieder auf das 2008 von der Kanzlerin ausgegebene Ziel zu, zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Bildung und Wissenschaft zu investieren. 2013 waren es 9,2 Prozent ...

Die Regierung wurde ja förmlich zu einer Erhöhung der Ausgaben gezwungen: Der endlich durchgesetzte Rechtsanspruch brachte mehr Kinder in Kitas, dazu kommen deutlich gestiegene Studierendenzahlen, mehr Ganztagschulen, mehr Menschen in Weiterbildung. Das vorhandene Geld deckt den Bedarf aber vorne und hinten nicht, die chronische Unterfinanzierung wird nicht annähernd kompensiert. Was bleibt, ist der wohl größte Kritikpunkt: Anstatt Breitenförderung und gleichberechtigte Teilhabe sicherzustellen, steckt die Regierung das meiste Geld in die sogenannte Spitzenforschung.

Dazu zählt auch die sogenannte Exzellenzinitiative für die Hochschulen, die wohl auch über 2017 hinaus weitergeführt werden soll. Warum würden Sie das Programm lieber einstampfen?

Die Regierung hat in ihrer Antwort auf unsere jüngst gestellte kleine Anfrage bestätigt, dass das Programm eine Spielwiese für große, kapitalkräftige Universitäten, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und Unternehmen geworden ist. Mittel, die dringend in der Breite gebraucht würden, werden auf ganz wenige Standorte konzentriert. Zudem forciert das Instrument die Hierarchisierung in der Hochschul- und Forschungslandschaft, ähnlich dem mehrgliedrigen Schulsystem. Letztlich wird so die soziale Selektion in der Gesellschaft reproduziert.

Woran genau zeigt sich das bei den Hochschulen?

Im Rahmen der Exzellenzinitiative werden nur 45 Universitäten mit Bundesmitteln gefördert, davon sind etwa 15 die »Big player«. Die neuen Bundesländer gehen quasi leer aus: Unter den 30 am stärksten profitierenden Hochschulen sind nur zwei aus Ostdeutschland. Geförderte Hochschulen verfügen über mehr Grundmittel für Lehre und Forschung. Dazu vervielfachen sich mit dem »Erfolg« die Drittmittelinnahmen, wodurch der Einfluss von Unternehmen und Großforschungseinrichtungen zunimmt.

Wie wirkt die Industrie konkret in die begünstigten Unis hinein?

Die Regierung räumt in ihrer Antwort ein, dass privatwirtschaftliche Interessen direkt Einfluss auf Forschungsprojekte nehmen: Die Unternehmen werden, so wörtlich, »teilweise bei der Formulierung der Antragsskizze, teilweise bei der Formulierung der Anträge, teilweise im Laufe der Förderperiode« eingebunden. Bei Graduiertenschulen sind in einigen Fällen Vertreter aus Unternehmen sogar an der Auswahl von Doktoranden beteiligt.

Das hat mit unabhängiger Wissenschaft nichts mehr zu tun. Dass die Regierung überdies keinerlei Anstrengungen unternommen hat, Transparenz über den Umfang der finanziellen Beiträge der Unternehmen zu den Projekten oder die Zahl von Industrievertretern in den Entscheidungsgremien herzustellen, ist bezeichnend. Und dann zeigt sich da auch noch eine große Wissenslücke, ob die Gelder der Exzellenzinitiative auch sachgerecht verwendet werden.

Inwiefern?

Die Prüfung der Verwendungsnachweise führte in elf von 14 Fällen zu Beanstandungen, und geprüft werden jährlich nur fünf Prozent der Nachweise. Weshalb man bei einer derart hohen Fehlerquote nicht wenigstens einen Dialog mit den Hochschulen sucht, um die Quote abzusenken, ist ziemlich schleierhaft.